

Bildung, Wirtschaft und Klima

Vier Bundestagskandidaten diskutieren im Vorfeld der Wahl im Adler in Meidelstetten



Podiumsdiskussion im Adler in Meidelstetten unter der Regie von Moderatorin Pia Fruth (Mitte) mit den Bundestagskandidaten (von links): Beate Müller-Gemmeke (GRÜNE), Pascal Kober (FDP), Sebastian Weigle (SPD) und Stefan Straub (LINKE).
Foto: Ralf Ott_

Rund 30 Zuhörer verfolgten am Sonntag die Podiumsdiskussion mit den Reutlinger Bundestagskandidaten im Adler Meidelstetten. Themen: Wirtschaftskrise, Klimawandel und der Bundeswehreinsatz in Afghanistan.

RALF OTT

Meidelstetten Während sich Bundeskanzlerin Angela Merkel und Vizekanzler Frank-Walter Steinmeier noch auf das Fernseh-Duell in Berlin vorbereiteten, saßen vier Bundestagskandidaten aus dem Wahlkreis Reutlingen in der Kulturkneipe Adler in Meidelstetten auf dem Podium und stellten sich den Fragen von Moderatorin Pia Fruth. Um Sympathie für ihre politischen Positionen warben Pascal Kober (FDP), Beate Müller-Gemmeke (GRÜNE), Stefan Straub (LINKE) und Sebastian Weigle (SPD). Die CDU dagegen hatte keinen Ersatz für den terminlich verhinderten Kandidaten Ernst-Reinhard Beck geschickt.

Die Themenpalette war vielfältig, die Kandidaten pflegten einen sachlichen und fairen Umgang miteinander. Inhaltliche Unterschiede zeigten sich bereits bei der Frage, wie die Politik dem im kommenden Jahr als Folge der Wirtschaftskrise drohenden finanziellen Engpass der Kommunen begegnen könne. Kober warb klar für den Vorschlag einer Steuersenkung. So lasse sich der private Konsum ankurbeln, die Unternehmen könnten mehr Geld verdienen und in der Folge wieder höhere Gewerbesteuern zahlen.

Die Einnahmen aus den Gewerbesteuern möchte auch Weigle erhöhen, allerdings schwebt ihm vor, dazu die Bemessungsgrundlage zu verbreitern. Zudem soll die Fortsetzung des Konjunkturprogramms die Kommunen stärken, denen der SPD-Kandidat auch großzügigere Ausnahmeregelungen für die Höhe des Schuldenbergs einräumen will. Denn das Beispiel Reutlingen zeigt das Grundproblem: In der Achalmstadt wird in den kommenden zwei Jahren mit Mindereinnahmen von 45 Millionen Euro gerechnet, doch selbst wenn die Stadt sämtliche ihrer Freiwilligkeitsleistungen streicht, würde dies dem Stadtsäckel nur eine Ersparnis von 38 Millionen Euro bringen.

Als falschen Weg stufte Müller-Gemmeke die Steuererleichterungen im Konjunkturpaket ein, denn die Hälfte der Mindereinnahmen für die Kommunen sei darauf zurückzuführen. Ihr schwebt vor, gegen die Armut im Land mit den Mitteln "Kindergrundsicherung", einer Anhebung beim Arbeitslosengeld II und einem Mindestlohn vorzugehen, um so die Binnennachfrage anzukurbeln. Zudem müssten Klimawandel und Wirtschaftskrise zusammen betrachtet werden. So ließen sich mit Investitionen beispielsweise im Bereich der Gebäudedämmung beide Zielsetzungen unter einen Hut bringen. Eine Studie der Unternehmensberatung Roland Berger rechne mit 1,5 Millionen möglichen neuen Arbeitsplätzen durch Investitionen in die "grüne Ökonomie". Dagegen schwebt Stefan Straub die stärkere

Besteuerung der Unternehmen vor, die in den vergangenen Jahren massive Gewinne nicht zuletzt durch vorteilhafte Steuergesetzgebung angehäuft hätten. Die zusätzlichen Steuereinnahmen sollten den Kommunen zur Verfügung gestellt werden.

Einig waren sich alle vier Kandidaten darüber, am Ausstieg aus der Atomenergie festzuhalten. Kober allerdings schränkte ein, dies sei nur möglich, wenn Alternativen im Bereich der Erneuerbaren Energien in ausreichendem Umfang vorhanden seien. Andernfalls komme die Verlängerung der Laufzeiten einzelner Atomkraftwerke in Betracht. Die von den Kraftwerksbetreibern dadurch erzielten Gewinne müssten diese zu 50 Prozent in Erneuerbare Energien investieren. Weigle wiederum bezeichnete solch eine potentielle Verlängerung "als Geschenk für die vier großen Stromkonzerne". Unverständnis äußerte Müller-Gemmeke über die von der Bundesregierung finanzierte Abwrackprämie und dem Ziel, neue Kohlekraftwerke zu bauen.

Das Thema Afghanistan eigne sich nicht für kurzfristige politische Gewinne, betonte Weigle, es gehe um Menschen. Ein zu rascher Abzug stürze das Land ins Chaos. "Die Leute, die sich für den Wiederaufbau eingesetzt haben, wären dann bedroht". Er warb dafür, die Militärpräsenz zugunsten einer Stärkung der Polizei zu verringern, um bei einem allmählichen Abzug weiterhin die Sicherheit zu gewährleisten. Die Vereinbarkeit des militärischen Einsatzes in Afghanistan mit dem Grundgesetz stellte dagegen Straub in Abrede. Daher müsse ein Ausstiegsszenario entwickelt oder das Grundgesetz geändert werden.

Für eine "schnelle Abzugsperspektive" sprach sich auch Müller-Gemmeke aus, warnte aber davor, diejenigen, die im Bundestag der deutschen Beteiligung am Militäreinsatz zugestimmt hätten, womöglich als "Kriegstreiber" zu bezeichnen.

Ebenfalls für einen Rückzug sprach sich Kober aus, allerdings müsse dieser so erfolgen, dass er die afghanische Gesellschaft nicht schwäche.

Mit Blick auf die Bildungslandschaft warb Straub für die Abschaffung des dreigliedrigen Schulsystems und die Organisation der Ausbildung nach finnischem Vorbild. Dort gibt es maximal 18 Schüler in der Klasse bei zwei Lehrern, eine individuelle Förderung und Studenten erhalten ein Grundgehalt vom Staat. Aus der Sicht von Kober ist es notwendig, die Verantwortung für die Ausgestaltung des Schulalltags "nach unten zu geben", Erfolge in der Bildung seien zudem nicht ohne das Elternhaus denkbar. Die Kandidatin der GRÜNEN versprach, "für das Recht auf Ausbildung zu kämpfen". Betriebe sollten gezwungen werden, auszubilden. Auf die Problematik der Länderhoheit im Bildungssystem verwies Weigle und plädierte zugleich für "längeres gemeinsames Lernen". Zunächst einmal sechs Jahre, noch besser wären zehn, sagte er.